



sozialistisches forum rheinland

SoFoR-Info für das Rheinland, Nr. 52, Oktober 2013

In den kommenden Jahren eine stabile Grundlage für Gespräche der fortschrittlichen Kräfte schaffen

Erklärung des Vorstandes des Sozialistischen Forums Rheinland zu den
Konsequenzen aus den Bundestagswahlen

Sollte es zu der erwarteten Großen Koalition kommen, ergeben sich für die im weiteren Sinne fortschrittlichen Parteien unterschiedliche Chancen und Risiken. Auf Bundesebene wird DIE LINKE als dann größte Oppositionspartei mehr Aufmerksamkeit auf sich ziehen können. Bündnis 90 / Grüne befinden sich demgegenüber in einer denkbar ungünstigsten Ausgangslage. Sie können sich weder gegen DIE LINKE profilieren, weil beide Parteien sich die Oppositionsbänke teilen, noch glaubhaft die SPD angreifen, war diese doch ihr Wunschpartner. Es bleibt nur Angela Merkels Union als Gegnerin. Die SPD muss befürchten, in einer Großen Koalition wieder an Profil zu verlieren und damit ihre Wahlchancen für 2017 zu schmälern.

Anders wird sich die Situation auf der Länderebene darstellen. Hier können – beginnend etwa in Hessen – Initiativen für rot-rot-grüne Regierungskonstellationen Erfolg haben. Bei den Landesverbänden von SPD, Grünen und LINKEN

liegt also eine große Verantwortung für künftige Mehrheitsbildungen und die Durchsetzung fortschrittlicher politischer Inhalte. Wenn es bei der nächsten Bundestagswahl gelingen soll, dass es nicht nur einen Regierungswechsel, sondern endlich den erforderlichen Politikwechsel gibt, müssen auf Länderebene weitere „Feldversuche“ für fortschrittliche Politik gewagt werden.



Die Ausgrenzungsstrategie von SPD und Grünen gegenüber der LINKEN ist gescheitert. Das haben mittlerweile auch größere Teile der SPD begriffen. Es ist erfreulich, dass Hilde Mattheis (MdB-SPD und Vorsitzende der

DL 21, also der organisierten SPD-Linken) hierzu erklärt hat: "Wer den Politikwechsel will, muss den Machtwillen des linken Lagers zeigen und auch die Optionen Minderheitsregierung und Rot-Rot-Grün debattieren und für möglich erklären."

(Fortsetzung Seite 2)

Der Vorstand des Sozialistischen Forums Rheinland hat am 11. Oktober über die Konsequenzen aus der Bundestagswahl diskutiert. Wir dokumentieren in diesem Info den Beschluss, in dem diese Diskussion zusammengefasst wird.

Zudem findet ihr eine Kurzfassung der von Alban Werner vorgelegten Thesen. Die Langfassung ist im Internet nachzulesen.

Dort findet ihr auch einen Beitrag von Senta Pineau und anderen zum gleichen Thema.

Aber auch wenn nach der Wahl vermehrt Stimmen für eine rot-rot-grüne Zusammenarbeit zu hören sind, bleibt doch festzuhalten, dass die programmatischen Schnittmengen zwischen SPD, LINKEN und Grünen zwar groß

„Rot-Rot-Grün wird es nicht geben: Die Linke in der Regierung gibt es nur bei einem Ja zu Hartz IV und bedingungsloser Unterstützung der NATO. Das aber würde die Partei zerreißen.“

(Andreas Wehr: Unmögliches Bündnis in: Junge Welt, 28. September 2013)

sind, es für eine gemeinsame (Bundes-)Regierung dennoch nicht reichen wird, weil zu gewichtigen Punkten tiefgreifende Differenzen bestehen.

Bei der Friedenspolitik trennen die Parteien eher Canyons als Gräben. Wichtig sind auch die kontroversen Vorstellungen zur Finanzpolitik (Schuldenbremse) und den europäischen „Rettungspaketen“. Und auch die Haltung zu Repressionen gegen „Hartz IV“-Bezieher/innen ist grundverschieden.

So gilt denn auch: Nicht jede rot-rot-grüne Regierung wäre ein Segen und würde mit dem Ziel gebildet, einen echten Politikwechsel durchzusetzen. Manches Angebot an DIE LINKE wird ‚vergiftet‘ sein und könnte von dieser nur angenommen werden wenn die Partei wesentliche programmatische Grundsätze verraten würde.

Andererseits ist DIE LINKE gut beraten, sich rot-rot-grünen Konstellationen nicht grundsätzlich zu verweigern. Der in Teilen der Par-

tei verbreitete Gestus des „Wir gegen Alle“ ist beispielsweise durch die Wahlprogramme der Parteien in weiten Teilen nicht gedeckt. Die Angebote der LINKEN an die beiden anderen fortschrittlichen Fraktionen im Deutschen Bundestag, die vorhandene Mehrheit für die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns, die Abschaffung des Betreuungsgeldes, oder die Abschaffung der Möglichkeit zu sachgrundlosen Befristungen von Arbeitsverträgen zu nutzen, greift ja wesentliche programmatische Übereinstimmungen auf.

Die linken Kräfte in SPD und Grünen sind gefordert, in ihren Parteien für eine programmatische Linksverschiebung zu kämpfen. Solange keine deutlichen Positionsveränderungen etwa in der Friedenspolitik erfolgt, ist eine gemeinsame Regierung schwer vorstellbar.

Bei alledem gilt: Solange in den drei Parteien großes gegenseitiges Misstrauen besteht und vereinzelt sogar blanker Haß vorhanden ist, wird der Politikwechsel nicht gelingen.

„Ich bin sicher, dass es dieses Türenzumachen in dieser Form zum letzten Mal vor dieser Bundestagswahl gegeben hat.“

(Gregor Gysi, zitiert nach Neues Deutschland, 24. September 2013)

In den nächsten Jahren wird es daher erforderlich sein, eine stabile Grundlage für zukünftige Gespräche zwischen den fortschrittlichen Kräfte zu schaffen.

„Ein Politikwechsel hängt nicht nur davon ab, ob es programmatische Alternativen zur herrschenden Politik gibt. Es ist entscheidend, ob sich entlang alternativer Projekte auch Reformkräfte und -bündnisse herausbilden, die zum gesellschaftlichen Träger eine[r] anderen Politik werden könnten.“

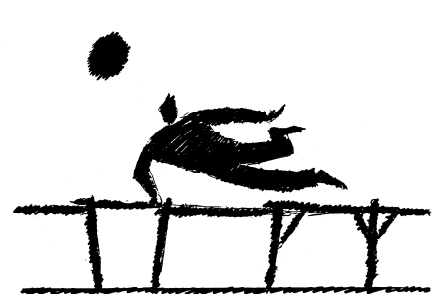
„Im Mittelpunkt des Wirkens von Crossover stehen nicht rechnerische Mehrheiten oder Koalitionssarithmetik. Uns geht es um die Verankerung radikalreformerscher Politik in den Oppositionsparteien und der Gesellschaft insgesamt.“

(Crossover: Zur Politik zurück, 1997)

Diese Grundlage muss von unten her geschaffen werden.

Wir wollen dort, wo wir politisch aktiv sind, zu solchen Gesprächen einladen. Wir wollen Gelegenheiten bieten, sich parteiübergreifend kennenzulernen und gemeinsam Projekte für einen Politikwechsel zu beraten.

Wir knüpfen hiermit an die Erfahrungen des „Crossover-Projektes“ der Zeitschriften spw, utopie kreativ und Andere Zeiten an und beziehen uns positiv auf die Arbeit des Institut Solidarische Moderne.



Mehr Infos zum „Crossover“ findet ihr auf unserer Internetseite

<http://www.sf-rheinland.de/crossover>

»L'État, c'est Angela!«

Auswertung der Bundestagswahl 2013 aus sozialistischer Perspektive

Alban Werner, Aachen

In einem sind sich alle einig: Die Bundestagswahl 2013 hat die politische Landschaft der Bundesrepublik verändert: die Unionsparteien sind gerade noch an der absoluten Mandatsmehrheit im Bundestag vorbeigeschrammt, die SPD nur leicht verbessert gegenüber dem Katastrophen-Ergebnis von 2009, die Grünen weit unter den Erwartungen nach ihrem Höhenflug 2011-2012, die PIRATEN hingegen spielten keine Rolle. Die FDP verfehlt knapp den Einzug in den Bundestag, während die AfD ihn bedenklich knapp verpasst. Die Wahlbeteiligung lag nur geringfügig über ihrem Rekordtief von 2009 und soziale Spaltung prägt weiterhin das (Nicht)-Wahlverhalten. Noch immer lässt sich anhand des Durchschnittseinkommens in einem Stadtteil ziemlich gut vorhersagen, wie hoch oder niedrig die Wahlbeteiligung dort ausfallen wird.

Die nachfolgenden Thesen diskutieren das Wahlergebnis aus demokratisch-sozialistischer Perspektive. Adressat ist nicht eine einzelne Partei, sondern jede und jeder, die sich mit dem Ziel einer sozialistischen, in jedem Falle anti-neoliberalen Politik zugun-

ten der Lohnabhängigen verpflichtet fühlen.

1. THESE

Die rechnerische linke Mehrheit im Bundestag verdankt sich dem Wahlrecht.

2. THESE

Die wiedererlangte rechnerische linke Mehrheit im Bundestag ist kein Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Linkstrends.

3. THESE

Der phänomenale Wahlsieg von Angela Merkel und das knappe Scheitern von FDP und AfD überdecken ein besorgniserregendes, demokratiepolitisches Problem.

4. THESE

Der phänomenale Wahlsieg von Angela Merkel und das knappe Scheitern von FDP und AfD überdecken, dass der Neoliberalismus keineswegs Vergangenheit ist.

5. THESE

Der phänomenale Wahlsieg von Angela Merkel und das knappe Scheitern von FDP und AfD überdecken Umorientierungen

im „bürgerlichen“ Lager.

6. THESE

Es gibt in Deutschland ein diffuses, wahlpolitisch abrufbares Protestpotential in der Bevölkerung, das ganz unterschiedlich zusammengesetzten und ausgerichteten Parteien nützen kann. Allerdings wurde die Bundespolitik davon kaum berührt.

7. THESE

Protestbeteiligung ist nicht gleich Protestbeteiligung – zumindest in wahlpolitischer Hinsicht.

8. THESE

Die Wahl markiert eine strategische Gesamtkatastrophe von SPD und Grünen hinsichtlich ihrer Ausgrenzung der LINKEN.

9. THESE

Die Medien hatten definitiv einen Anteil an Angela Merkels Wahlerfolg und der Marginalisierung linker Alternativen, zugleich waren Wahlkampfanstrengungen nicht umsonst.

10. THESE

Die CDU kann sich nicht zurücklehnen. Trotz ihres wahlpolitischen Triumphs ist es unwahrscheinlich, dass sie den Status einer Volkspartei wieder erreichen kann.



Impressum:

Herausgeber und Kontakt

Verein zur Förderung der politischen Kultur

Postfach 210606, 50531 Köln

E-Mail: info@sf-rheinland.de

Redaktion und Layout:

Hans Günter Bell

Theoriekreis

Natürlichkeit und die Verbesserung des Menschen

Argumentationsweisen in der biomedizinischen Ethik
am Beispiel der Enhancement-Debatte

Freitag, 22. November 2013, 20:00 Uhr

Unter Enhancement versteht man dabei den Gegenbegriff zu Therapie, also die Verbesserung des Menschen über das Normale hinaus (während Therapie auf die Wiederherstellung des Normalen zielt).

Was die Enhancement-Methoden angeht, so gibt es einige tatsächliche



Möglichkeiten, bei denen aber sowohl die Wirkung umstritten ist als auch die Frage im Raum steht, ob die Nebenwirkungen nicht eher zu einer Verschlechterung als einer Verbesserung führen.

Außerdem gibt es gewissermaßen eine Science-Fiction-Debatte, die danach fragt "nehmen wir mal an, wir könnten den Mensch so und so (körperlich, kognitiv, sozial, ...) verbessern, wäre dies dann wünschenswert, moralisch neutral oder abzulehnen."

Insgesamt gibt es in der Debatte eine Reihe von begrifflichen

Fragen (z.B. lassen sich Therapie und Enhancement klar voneinander abgrenzen?) und eine Reihe von ethischen Fragen (z.B. ist Enhancement moralisch problematisch und falls ja, aus welchen Gründen?).

Wir wollen daher einmal dieses Thema diskutieren, zum anderen sollte es aber auch als pars pro toto ein wenig dahingehend einführen, zu zeigen, wie Bioethiker so argumentieren, auf welche Begründungsmittel sie dabei zurückgreifen und so weiter.

Weil die Zahl der Plätze begrenzt ist, bitten wir um eine verbindliche Anmeldung per E-Mail an:

info@sf-rheinland.de

Kontroverse: linke Europapolitik

Zwischen unseren Mitgliedern Alban Werner und Alex Recht hat sich eine kontroverse Debatte über linke Europapolitik entwickelt.

Alban wirbt in einem Leserbrief an das „Neue Deutschland“ für einen „Populismus der Vernunft“ und ruft dazu auf, „mit Blick auf Europa die Demokratie und den Sozialstaat gegen die Abrissbirne neoliberaler Eliten“ zu verteidigen.

Darauf kritisiert Alex, dass eine Bestimmung weitergehender wirt-

schaftspolitischer Notwendigkeiten auf EU-Ebene von links fehlerhaft und Alban den Schwerpunkt darauf setze, an der EU das Unzureichende zu kritisieren.

Die Kontroverse dreht sich im folgenden um die Frage, „mit welcher Strategie DIE LINKE dazu beitragen kann, tatsächlich durchsetzungsfähige und dauerhafte politische Mehrheiten gegen den schlechten Ist-Zustand (mit-) zu orga-

nisieren.“ (Alban)

Der Leserbrief und die folgenden Texte der beiden Kontrahenten sind auf unserer Internetseite nachzulesen:

www.sf-rheinland.de

